

## N i e d e r s c h r i f t

### **über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit**

am Mittwoch, dem 22.04.2026

im **DIE BRÜCKE NEUMÜNSTER gGmbH**  
**Wrangelstraße 12**  
**Caféteria, EG links**  
**24539 Neumünster**

**Beginn:** 18:03 Uhr

**Ende:** 20:02 Uhr

#### Anwesend:

##### Stadtrat

Herr Carsten Hillgruber

##### Ausschussvorsitzende

Frau Dr. Bettina Boxberger

##### Ratsmitglied

Frau Ulrike Göking

##### Ausschussmitglied

Frau Sarah Conradt  
Herr Dr. Bruno Dannmeier  
**Herr Süleyman Inci**  
Herr Dr. Johannes Kandzora  
**Herr Gerrit Köhler**  
Herr Rainer Loose  
Herr Horst-Dieter Micheel  
Herr Bruno Narnbach  
**Herr Andreas Preuß**  
Herr Maurice Selke  
Herr Alfred Christian Ludwig von Dollen

##### Außerdem anwesend

Kinder- und Jugendbeirat  
Seniorenbeirat  
Forum der Vielfalt  
Die BRÜCKE NMS gGmbH  
Die BRÜCKE NMS gGmbH  
Die BRÜCKE NMS gGmbH  
Die BRÜCKE NMS gGmbH

Herr Richard Loy Katzmann  
Herr Dieter Sell  
Frau Elisabeth Dannenmann  
Herr Stefan Nachtwey  
Frau Kathrin Wulff  
Frau Inge Sachs  
Herr Michael Wolf  
Bis zu 5 Gäste

##### Von der Verwaltung

Stellv. FDL 53  
Protokollführung, FD 03

Herr Dr. Gunther Alfes  
Frau Lisa beim Graben

FD 03  
FDL 03  
FD 50  
FD 03  
FDL 50

Herr Arne Bollen  
**Herr Felix Brümmer**  
Frau Jasmin Duske  
Frau Mia Rosenberg  
**Herr Sönke Winter**

**Entschuldigt:**

**stellvertretende/-r Ausschussvorsitzende/-r**

Herr Siamak Aminmansour

**Von der Verwaltung**

Frau Dr. Alexandra Barth

**Tagesordnung:**

**Öffentlicher Teil**

1.	Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2.	Beschlussfassung über die unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beratenden Tagesordnungspunkte
3.	Genehmigung der Tagesordnung vom 22.04.2026
4.	Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 04.03.2026
5.	Einwohnerfragestunde
6.	<b>Anträge und Anfragen</b>
6.1.	Antrag der CDU-Ratsfraktion, betr. Fortsetzung der Migrationsberatung Vorlage: 0279/2023/An
7.	<b>Bericht der Brücke gGmbH über die Projekte "Ambulanter Dienst" und "Aufsuchende Hilfen"</b>
8.	Beiratsumbesetzung: Nachbesetzung Seniorenbeirat Vorlage: 0643/2023/DS
9.	Dringliche Vorlagen
10.	Mitteilungen

1 .	Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
-----	---

Die Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung um 18:02 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Herr Nachtwey als Geschäftsführer der BRÜCKE gGmbH begrüßt alle Anwesenden.

2 .	Beschlussfassung über die unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beratenden Tagesordnungspunkte
-----	---

Stadtrat Hillgruber erläutert, dass der Antrag der CDU zur Migrationsberatung ursprünglich gemäß dem Wunsch des Antragsstellers zunächst für den nichtöffentlichen Teil der Sitzung vorgesehen war. Jedoch habe die Verwaltung erhebliche Zweifel, dass tatsächlich triftige Gründe für den Ausschluss der Öffentlichkeit vorliegen. Frau beim Graben erläutert dies weiter anhand § 8 der Geschäftsordnung. Der Ausschuss beschließt einstimmig, dass der Antrag im öffentlichen Teil behandelt werden soll.

3 .	Genehmigung der Tagesordnung vom 22.04.2026
-----	---

Aufgrund des soeben erfolgten Beschlusses entfällt der nichtöffentliche Teil. Der Antrag zur Migrationsberatung wird unter 6.1. beraten. Der Tagesordnung in der geänderten Form wird einstimmig zugestimmt.

4 .	Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 04.03.2026
-----	---

Es liegen keine Einwände vor.

5 .	Einwohnerfragestunde
-----	----------------------

Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern liegen nicht vor.

6 .	Anträge und Anfragen
-----	----------------------

6.1 .	Antrag der CDU-Ratsfraktion, betr. Fortsetzung der Migrationsberatung Vorlage: 0279/2023/An
-------	--

Herr von Dollen bringt den Antrag zur Migrationsberatung der CDU-Fraktion ein und begründet diesen. Er erläutert auch, dass die Beratungen in der Fraktion noch nicht abgeschlossen seien und man sich daher heute enthalten werde.

Herr Selke bringt den Änderungsantrag der Grünen-Fraktion ein, Herr Dr. Kandzora den Änderungsantrag der SPD-Fraktion.

Frau Conradt verkündet, dass der Antrag der Grünen auch bereits dem Finanzausschuss, dem Hauptausschuss und der Ratsversammlung gestellt wurde.

Stadtrat Hillgruber erläutert noch einmal die Hintergründe und Finanzen der Migrationsberatungen in Neumünster (s. Anlage Sachstand). Derzeit lägen Anträge von der Caritas und der AWO auf kommunale Finanzierung vor, von dem DRK läge noch nichts vor. Stadtrat Hillgruber macht auch deutlich, dass andere Kommunen bereits in die Finanzierung der Migrationsberatung eingestiegen seien. Die Verwaltung sehe aber primär die Verantwortlichkeit bei Bund und Land, die Migrationsberatung auskömmlich zu finanzieren.

Der Ausschuss diskutiert intensiv über die Anträge. Verschiedene Ausschussmitglieder machen deutlich, dass die Folgekosten bei einer nicht erfolgten Integration vielfach höher seien als die jetzt beantragten Mittel.

Frau Müller-Semrau von der Caritas stellt dar, dass sich die Träger bereits im intensiven Austausch mit Bund und Land befänden. Sobald die Finanzierung hier auskömmlich sei, würden die Träger auf eine kommunale Finanzierung verzichten.

Frau Müller-Semrau erläutert, dass bei der Caritas überwiegend Migrantinnen und Migranten aus dem EU-Ausland beraten werden. Hier sei aufgrund der Rahmenbedingungen die Integration oftmals schwierig und langwierig. Der Ausschuss macht darauf aufmerksam, dass es für diese Zielgruppe durchaus auch Beratung durch das Jobcenter gibt und eine stärkere Vernetzung sicherlich sinnvoll sei.

Der Ausschuss stellt fest, dass die Diskussion zeige, dass die Vorstellungen einiger Fraktionen nicht weiter voneinander entfernt seien. Man bemühe sich bis zur Ratsversammlung eine gemeinsame Idee zu formulieren.

Da der Änderungsantrag der SPD-Fraktion alle zum jetzigen Zeitpunkt vorhandenen Anträge von Migrationsberatungen umfasst, wird zunächst über diesen Antrag abgestimmt. Er wird einstimmig bei sechs Enthaltungen angenommen. Ein Stimmungsbild über den Antrag der Grünen ergibt zwei Zustimmungen sowie zehn Enthaltungen.

Sodann wird über den Ursprungsantrag in der nun geänderten Fassung abgestimmt. Dieser wird einstimmig bei vier Enthaltungen angenommen.

### **Beschluss:**

Der Text des CDU-Antrags wird wie folgt neu gefasst:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Fortsetzung der bundesfinanzierten Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE) sowie der landesfinanzierten Migrationsberatung Schleswig-Holstein (MBSH) in Neumünster durch die derzeit tätigen Träger – Arbeiterwohlfahrt Landesverband Schleswig-Holstein (AWO LV SH), Caritas im Norden (Caritas) und Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Neumünster (DRK NMS) – für die Jahre 2026 und 2027 sicherzustellen.

Haushaltsjahr 2026:

2. Für das Haushaltsjahr 2026 werden die vorliegenden Zuschussanträge der Träger zur Kenntnis genommen:
  - a. AWO LV SH:
    - i. MBE: 15.496,30 €

ii. MBSH: 30.190,73 €

b. Caritas:

i. MBSH: 19.576,77 €

Die Gesamtsumme der beantragten Zuschüsse beträgt 65.263,80 €.

Ein etwaiger noch eingehender Zuschussantrag des DRK NMS (MBE) ist im weiteren Verfahren zu berücksichtigen.

3. Die beantragten Zuschüsse für das Haushaltsjahr 2026 werden dem Grunde und der Höhe nach bewilligt, vorbehaltlich der Bereitstellung der erforderlichen Haushaltsmittel.
4. Für einen noch möglichen Zuschussantrag des Deutschen Roten Kreuzes (MBE) wird vorsorglich ein finanzieller Rahmen vorgesehen. Die Verwaltung wird ermächtigt, einen entsprechenden Antrag bis zu einer Höhe eines vergleichbaren MBE-Zuschusses und bei nachvollziehbar sachgerechter Begründung unmittelbar zu bewilligen.
5. Die zur Finanzierung im Haushaltsjahr 2026 erforderlichen Mittel sind unter Berücksichtigung der von den Trägern dargelegten Bedarfe im Rahmen der Haushaltsbewirtschaftung bereitzustellen; hierfür sind geeignete Deckungsmöglichkeiten zu identifizieren und der Selbstverwaltung zur Entscheidung vorzulegen.

Haushaltsjahr 2027:

6. Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit den Trägern den zur Aufrechterhaltung der Angebote erforderlichen Finanzierungsbedarf für das Jahr 2027 zu ermitteln. Hierzu haben die Träger ihre jeweiligen Fehlbedarfe nachvollziehbar und prüffähig darzustellen, insbesondere unter Berücksichtigung von Bundes- und Landesförderungen sowie Eigenanteilen.
7. Die Verwaltung wird beauftragt, auf dieser Grundlage einen abgestimmten Finanzierungsvorschlag für 2027 vorzulegen.
8. Die hierfür erforderlichen Mittel sind im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2027 zu berücksichtigen und anzumelden.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Änderungsantrag der SPD

Ja-Stimmen: 6

Nein-Stimmen: 0

Enthaltung: 6

Ursprungsantrag in der geänderten Fassung

Ja-Stimmen: 8

Nein-Stimmen: 0

Enthaltung: 4

endgültig entscheidende Stelle: Ursprünglich war der Ausschuss als endgültig entscheidende Stelle vorgesehen. Aufgrund der weitreichenden Maßnahmen in den Änderungsanträgen und dem Antrag der Grünen-Fraktion für die Ratsversammlung wird nun endgültig entscheidende Stelle die Ratsversammlung sein.

7 .	Bericht der Brücke gGmbH über die Projekte "Ambulanter Dienst" und "Aufsuchende Hilfen"
-----	---

Frau Wulff als Einrichtungsleitung des Ambulanten Dienstes stellt diesen vor. Der

Ambulante Dienst besteht aus einer Beratungsstelle und einer Begegnungsstätte. Er bietet Hilfe für Erwachsene mit psychischen oder seelischen Erkrankungen. Die BRÜCKE hat Angebote zur Prävention, zum Empowerment und zur Selbsthilfe. Aufgrund der langjährigen Erfahrung und Personalstabilität können langfristige, vertrauensvolle Beziehungen zu den Personen aufgebaut werden.

Im letzten Jahr konnten 125 Personen betreut sowie knapp 1.100 Beratungen durchgeführt werden.

Inge Sachs und Michael Wolf berichten von ihrem Projekt der Aufsuchenden Hilfen. Sie haben Gruppenangebot für Kinder von psychisch erkrankten Eltern. Derzeit gäbe es vier Gruppen mit jeweils 6-8 Kindern. Bislang konnten alle Kinder versorgt werden, nun seien allerdings die Kapazitätsgrenzen erreicht.

Das Ziel dieser Gruppen sei es, den Kindern einen geschützten Raum zu geben, in dem sie Kind sein dürfen und auch Erlebnisse zu schaffen, die die Kinder stärken.

Durch die kommunalen Kürzungen musste die neu aufgebaute Präventionsarbeit an Schulen wegfallen. Bei weiteren Kürzungen wäre die dargestellte Arbeit mit den Familien der Klienten nicht mehr aufrechtzuerhalten, was mittel- und langfristig zu einem finanziellen Mehraufwand an anderer Stelle führen würde.

Die Ausschussvorsitzende dankt der BRÜCKE für die interessanten Vorträge.

8 .	Beiratsumbesetzung: Nachbesetzung Seniorenbeirat Vorlage: 0643/2023/DS
-----	---

Der Vorlage wird ohne Aussprache einstimmig zugestimmt.

**Beschluss:** Anstelle von Herrn Dietmar Genz wird Herr Jens-Peter Voigt als Vertreter für den Stadtteil Einfeld in den Seniorenbeirat gewählt.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 12  
Nein-Stimmen: 0  
Enthaltungen: 0

endgültig entscheidende Stelle: Ratsversammlung

9 .	Dringliche Vorlagen
-----	---------------------

Dringliche Vorlagen liegen nicht vor.

10 .	Mitteilungen
------	--------------

Mitteilungen liegen nicht vor. Die Ausschussvorsitzende schließt die Sitzung um 20:02 Uhr.

gez. Dr. Bettina Boxberger

(Ausschussvorsitzende)

gez. Lisa beim Graben

(Protokollführung)